

Gastarbeiter – Ein Problem für das Fach «Geographie» und für die Gesellschaft?*

1. Gastarbeiter – Ein Problem für das Fach «Geographie»?

1.1 Der langjährige Disput um den Untersuchungsgegenstand und die Methodik der Geographie

Seit der Etablierung des Faches herrscht unter Geographen keine Einstimmigkeit bezüglich des Untersuchungsgegenstandes und der Methodik der Geographie. «Zwischen 1880 und 1980 gibt es kaum ein Jahr, in dem nicht wenigstens ein respektabler Hochschullehrer der Geographie feststellt, die Geographie befinde sich (gerade wieder einmal) in einer schweren Krise; über ihr Wesen bestehe bei Geographen und Nichtgeographen völlige Unklar- und Widersprüchlichkeit; sie werde im Kreise der Wissenschaften nicht als eine Wissenschaft und im Kreise der Schulfächer nicht als ein vollwertiges Schulfach anerkannt» (HARD 1983, vgl. SCHULTZ 1980).

Was forscht der Fachvertreter in einem Fach, dessen wissenschaftliche Relevanz ständig in Frage gestellt wird? Man kann sagen, daß in diesem Zusammenhang zwei Gruppen von Fachvertretern zu unterscheiden sind: Während ein Teil von ihnen den Untersuchungsgegenstand und die Methodik der Geographie weiter problematisiert und entsprechende Untersuchungen macht, versucht der andere trotz genannter Probleme auf traditioneller Basis das Beste zu machen. Ich möchte vorläufig bei der letztgenannten Gruppe verbleiben, um aufzuzeigen, wie das Fach Geographie seine Existenz (trotz allem) sichert.

Es wird behauptet, daß die Geographie (Anthropogeographie) durch «Entwicklungsphasen» gekennzeichnet sei, denen verschiedene Ansätze zugrunde liegen würden (geodeterministische, possibilistische, morphogenetische und funktionale Phasen) (MAIER u. a. 1977). Aufgrund der unterschiedlichen Betrachtungsweisen in der Geographie fanden Begriffe wie «Paradigmen», «Pluralismus» eine verbreitete Verwendung. Gibt es in der Geographie wirklich «Paradigmen»?

Die unterschiedlichen Betrachtungsweisen in den erwähnten Phasen sind nicht eigentliche Paradigmen, sondern lediglich andere Darstellungsformen des

«alten» Ansatzes. Weiterhin kann postuliert werden, daß es sich dabei um Modernisierungsversuche handelt, die dem Fach Geographie das Überleben in der Wissenschaft ermöglichen. Sie sind verschiedene Formen ein und desselben Objekts. An dieser Stelle gehe ich von einem ganz bestimmten, nämlich dem sozialgeographischen Ansatz der Münchner Schule aus, der für die geographische Gastarbeiterforschung von Bedeutung ist.

Nach dem Konzept der Münchner Schule ist die Sozialgeographie die «Wissenschaft von den räumlichen Organisationsformen und raumbildenden Prozessen der Daseinsgrundfunktionen menschlicher Gruppen und Gesellschaften» (MAIER u. a. 1977). Das Hauptinteresse der Sozialgeographen liege nicht in der Landschaft, sondern in Aktivitäten von sozialen Gruppen, welche den Raum bilden und/oder ändern. Es wird von «sozialen Gruppen», von der «Gesellschaft» gesprochen. Hier ist es wichtig zu wissen, ob der Ansatz wirklich einen *sozialen* Inhalt hat.

Im sozialgeographischen Konzept der Münchner Schule wird behauptet, daß man in der Sozialgeographie weder von «Naturdeterminismus» noch von «Sozialdeterminismus» sprechen könne, hingegen wird jedoch betont, daß man in der Sozialgeographie die physische Geographie nicht vernachlässigen wolle. EISEL drückt diese chaotische Abgrenzung in folgender Weise aus: «Das menschliche Handeln erhält gegenüber äußerer Natur ein Primat. Die lebensräumliche Natur hat aber zugleich ein prinzipielles Primat gegenüber der Gesellschaft» (EISEL 1983). Die Ablehnung des «Sozialdeterminismus» bedeutet in der Forschungspraxis, daß der Gesellschaft gemäß Definition der Sozialgeographie m. E. nur eine «dekorative Rolle» zukommt.

Vorschläge bezüglich einer Neuorientierung der Sozialgeographie stimmen in der Forderung nach deren gesellschaftlichen Relevanz überein. Die Relevanz der gesellschaftsbezogenen Betrachtungsweise wird besonders betont. Die Auseinandersetzung mit Gesellschaftstheorien soll darauf ausgerichtet sein, das menschliche Handeln in seiner Abhängigkeit von gesellschaftlichen Schranken zu sehen; die Untersu-

*Dieser Artikel basiert auf der Dissertation der Verfasserin, erschienen in der Schriftenreihe Anthropogeographie (Vol. 4) des Geographischen Instituts der Universität Zürich-Irchel.

Ayshe Evrensel, Dr., Geographisches Institut der Universität Zürich-Irchel, Winterthurerstr. 190, 8057 Zürich

chung soll die Bewußtseinsentwicklung für Handelnde fördern (vgl. SEDLACEK 1982).

Im folgenden werden die geographischen Gastarbeiteruntersuchungen besprochen, um aufzuzeigen, wie man in der Geographie «geographische Aspekte» aus einem sozialen Problem herausnimmt und diese «räumlich» untersucht, ohne die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in Betracht zu ziehen.

1.2 Die geographische Gastarbeiterforschung*

Auffallend bei der geographischen Gastarbeiterforschung ist, daß im Verlauf der Zeit die Themenstellungen zunehmend spezifischer geworden sind. Weiter kann man erkennen, daß die neueren Untersuchungen seit 1975 politisch aktuelle Themen behandeln, z. B. Ausländerpolitik, Vor- und Nachteile der Gastarbeiterbeschäftigung, Arbeitslosigkeit und Ausländerbeschäftigung, Remigrations- und Reintegrationsproblematik.

In diesen geographischen Untersuchungen treten die besprochenen Probleme der Sozialgeographie klar zutage:

- Beschreibung ist ein typischer Charakter vieler geographischer Untersuchungen. Darstellung von nebeneinander stehenden Sachverhalten führt dazu, daß Probleme übersimpliziert werden. Weiter kann man behaupten, daß auf diese Weise kein Erkenntnisfortschritt erzielt werden kann, weil der Forscher dem Leser keine (tiefere) Auseinandersetzungsmöglichkeit gibt.
- Das geographische Dilemma, das durch den «Raum» auf der einen Seite und die «soziale Struktur» auf der anderen gekennzeichnet ist, wird in diesen Untersuchungen auch klar. Die soziale Struktur wird in geographischen Gastarbeiteruntersuchungen weitgehend vernachlässigt. Dies bewirkt, daß die Lösungsvorschläge für das behandelte Problem schwach bleiben.

2. Gastarbeiter – Ein Problem für die Gesellschaft?

In den sechziger Jahren, in denen massenhafte Arbeitskräftewanderungen begannen, wurde oft die Meinung vertreten, daß die europäischen Industrieländer von diesen Wanderungen profitierten. Diese Meinung wurde argumentiert, indem man die wachstumsfördernde Wirkung der Ausländerbeschäftigung betonte.

Mit der Zeit wurde die Ausländerbeschäftigung wegen daraus resultierender ökonomischer und sozialer

Probleme in Frage gestellt. Ausländische Arbeiter wurden nicht mehr nur als «nutzbringend», sondern auch als «Problem» betrachtet.

Ökonomische Probleme können generell als eine Kosten-Nutzen-Frage betrachtet werden, bei welcher der Nutzen der Ausländerbeschäftigung für die Wirtschaft (Betriebe, Banken, Versicherungen) gegen die Kosten infrastruktureller Art (Wohnungen, Schulen usw.) abgewogen werden.

Bei den durch die Ausländerbeschäftigung verursachten sozialen Problemen ist das Problem der «Integration» von zentraler Bedeutung. Der viel verwendete Begriff «Integration» ist Kernpunkt zahlreicher Diskussionen über die Ausländerproblematik. Die Andersartigkeit ausländischer Arbeiter (wobei Türken am ehesten als andersartig empfunden werden) verstärkt die Forderungen nach Integration. Einheimische erwarten also von ausländischen Arbeitern, daß sie sich in die einheimische Gesellschaft integrieren.

Die Interessen von Gastarbeitern stimmen nicht mit denjenigen von Einheimischen überein. Die Mehrheit von Ausländern ist daran interessiert, im Einwanderungsland Geld zu verdienen und damit im Heimatland Investitionen zu tätigen. Vor allem bei der türkischen Gruppe herrscht Desinteresse an einer Integration, wie Einheimische sich diese vorstellen. Aus den Untersuchungen ergibt sich, daß die Rückkehr von den ausländischen Arbeitern (insbesondere von türkischen) aus immer wieder hinausgeschoben wird.

Aufgrund der Undurchsichtigkeit der Situation wird in vielen Untersuchungen die Frage gestellt, ob ausländische Arbeiter «Gastarbeiter» oder «Einwanderer» seien. Dieser Frage, die von alltäglichem und wissenschaftlichem Interesse ist, wird von politischen Instanzen nicht nachgegangen, weil diese Instanzen Problemregelungen zum Ziel haben, egal, weswegen sich Probleme ergeben. Diese Regelung wird z. B. in Deutschland neuerdings in Form von «Rückkehrhilfe» zu verwirklichen versucht.

3. Wie soll die Gastarbeiterproblematik behandelt werden?

Die nicht integrierte Masse von Ausländern durch die Rückkehr loszuwerden und damit einen wichtigen Teil des Ausländerproblems aus der Welt zu schaffen, scheint eine «bequeme» Problemlösung zu sein. Obwohl immer wieder Lösungsvorschläge und Forderungen bezüglich der Gastarbeiterproblematik gemacht werden, beschäftigt man sich wenig damit, *was die Ausländerbeschäftigung in der Einwanderungsgesellschaft so problematisch macht*. Bei dieser Frage geht es um die «Genese eines sozialen Problems», nämlich der Gastarbeiterproblematik. Dies zu veranschaulichen, benötigt sowohl die Untersuchung der ausländi-

*Es handelt sich hier um alle mir bekannten Untersuchungen deutscher Geographen, welche zwischen 1960 und 1983 durchgeführt wurden.

schen Gruppe wie auch der Einwanderungsgesellschaft, d. h. einerseits müssen wir uns fragen, wie die Situation, Erwartungen, Probleme der ausländischen Gruppe sind; andererseits soll auch die Haltung der Einwanderungsgesellschaft gegenüber dieser Gruppe klarwerden. Hier sollen wir uns fragen, welche Rahmenbedingungen die Einwanderungsgesellschaft für ausländische Arbeiter bereitstellt. Nach der Behandlung der genannten beiden Themenbereiche kann man feststellen, wie das Problem generiert wird. Die Untersuchung der ausländischen Arbeitergruppe, die Einwanderungsgesellschaft und deren Beziehungen zueinander ist nicht zuletzt deshalb von Interesse, weil diese Themen in den bisherigen geographischen Gastarbeiteruntersuchungen weitgehend vernachlässigt wurden. Die genannte Problemstellung kann also sowohl aufgrund ihrer Aktualität als auch im Hinblick auf die geographische Ansatzdiskussion als fruchtbar betrachtet werden.

4. Darstellung des Problemwerdungsprozesses

4.1 Die Gruppe der ausländischen Arbeiter - Integration oder Rückkehr?

Das Ziel ist hier herauszufinden, welche Erwartungen und Probleme die Gruppe der ausländischen Arbeiter hat. Dieses Ziel wird zu erreichen versucht, indem die «Auslandsbeschäftigung» aus der Sicht von abgewanderten Individuen veranschaulicht wird. Abwanderungsmotive, Rückkehrabsichten und Integrationsproblematik stellen die wichtigsten Elemente der Auslandsbeschäftigung dar.

Im folgenden möchte ich die diesbezüglichen Ergebnisse meiner Befragung, welche ich zwischen Ende 1982 und Anfang 1983 durchführte, in kurzer Form vorstellen.

Aus der Untersuchung der *Abwanderungsmotive* ging hervor, daß ökonomische Gründe als Abwanderungsmotive am ehesten genannt werden. Das Ziel der abgewanderten Arbeiter war die Existenzverbesserung im Heimatland, was diesen Wanderungen einen vorübergehenden Charakter gibt. Es wurde auch erwähnt, daß Informationen einen wichtigen Anreiz darstellen, welche fast ausschließlich die positive Seite der Ausländerbeschäftigung widerspiegeln, nämlich bessere Verdienstmöglichkeiten. Von Problemen in einem fremden Land war nicht die Rede, was vor der Abwanderung die fixe Idee «bessere Verdienstmöglichkeiten» verstärkte und auch während des Aufenthaltes als wichtigstes Ziel aktuell blieb. Die Mehrheit kam also nach Europa, um sich im Heimatland bessere Existenzbedingungen zu schaffen, ohne jedoch von möglichen Konsequenzen der Auslandsbeschäftigung zu wissen. Diese Haltung wirkt sich auf die Einstellung gegenüber der Gesellschaft des Ziellandes aus.

Während des Aufenthalts im Gastland werden materielle Ziele erreicht und die Existenz im Heimatland durch Investitionen verbessert. Die einmal vorgesehene *Rückkehr* findet jedoch nicht statt, da aufgrund sich erhöhender Ansprüche die Gastarbeiter ihre Heimatländer immer mehr ökonomisch unsicher finden. Materielle Möglichkeiten binden sie ans Zielland, in dem sie «Ausländer» sind und ihre beschränkte rechtliche Stellung immer verspüren. Die ihnen im Ausland fehlende «soziale Stellung» kompensieren sie durch Investitionen und sonstige Bindungen an ihre Heimatorte.

Während die immer wieder hinausgeschobene Rückkehr den vorübergehenden Charakter der heutigen Gastarbeiterwanderungen in Frage stellt, machen die beibehaltenen Bindungen an das Herkunftsland dieses Verhalten wiederum fragwürdig: kein Entscheid zur Rückkehr ins Heimatland und kein Entscheid zum definitiven Bleiben im Zielland.

Wir erkennen, daß der verlängerte Aufenthalt mit der «Integration» und mit kultureller Annäherung nichts zu tun hat. Die *Integration* ist eine Forderung der einheimischen Gesellschaft mit einem tiefen gesellschaftlichen Sinn. Davon will die Mehrheit von Gastarbeitern nichts wissen, nicht zuletzt deshalb, weil dies für sie Eigenentfremdung bedeutet. Mehr zu diesem Punkt: soziale Probleme mit hohem Komplexitätsgrad werden im Alltag (und oft auch in der Wissenschaft) mit monokausalen Erklärungen zu verdeutlichen versucht: «Derjenige, der sich integriert, bleibt im Zielland; die anderen kehren zurück.» Unzählige Definitionen und Stufen von Integration (Assimilation, Akkulturation, Anpassung, Akkomodation usw.), die von Wissenschaftlern geschaffen werden, helfen wenig zum Abbau alltäglicher stereotyper Einstellungen wie «Schweizer sind ausländerfeindlich» oder «Türken sind nicht anpassungsfähig». Es gibt unter ausländischen Arbeitern eine sogenannte «nicht integrierte Masse», insbesondere unter Türken. Meine Befragung hat ergeben, daß die Mehrheit der türkischen Arbeiter sich unter «Integration» eine religiöse Konvertierung vorstellt. Diese Vorstellung (oder besser ausgedrückt: diese Angst) dominiert, unabhängig davon, wie Wissenschaftler die Integration definieren. Der Grund hierfür ist sicher die starke Prägung der täglichen Lebensweise durch die islamische Religion. Soziale Probleme sind alles andere als eine definitorische Angelegenheit. Solche Definitionen oder Forderungen wie «Integration oder Rückkehr» geben dem Problem einen allzu bequemen Charakter, der den Anschein erweckt, daß eine Lösung generell möglich ist.

Die bisherige Diskussion zusammenfassend: Es wurde bereits erwähnt, daß man sich fragt, ob ausländische Arbeiter «Gastarbeiter» oder «Einwanderer» sind. Die Rückkehrhilfe war hauptsächlich für den nicht integrierten (und nicht integrierbaren) Teil gedacht. Von der Seite der Einwanderungsgesellschaft wird Integration gefordert. Die erwähnten Massnah-

men und Forderungen bleiben jedoch unwirksam, weil sie die Erwartungen, Probleme und Ängste von ausländischen Arbeitern übersehen.

Die reale Situation von ausländischen Arbeitern kann als «weder Integration noch Rückkehr» erklärt werden.

4.2 Ausländerproblematik in der Einwanderungsgesellschaft

Hier möchte ich die Ausländerproblematik in einem gesellschaftlichen Zusammenhang erläutern. Hierbei geht es darum zu bestimmen, welche Rahmenbedingungen die Einwanderungsgesellschaft für ausländische Arbeiter bereitstellt. Die Absicht, die Ausländerproblematik in einem gesellschaftlichen Kontext zu veranschaulichen, benötigt dessen Bestimmung, nämlich die Festlegung der Gesamtgesellschaft. Ich übernehme dazu die Dreiergliederung von HOFFMANN-NOWOTNY/HONDRICH und OFFE: das ökonomische System (Wirtschaft), das politisch-administrative System (Staat) und das normative System (Gemeinschaft) (vgl. Abbildungen 1 und 2). Im folgenden werden die genannten Teilsysteme hinsichtlich ihres Wesens und im Hinblick auf die Ausländer kurz besprochen. Als Beispiel wird die schweizerische Gesellschaft gewählt.

Teilsystem «Staat» und die schweizerische Ausländerpolitik

Das politisch-administrative System hat das Regulieren des Geschehens im gesamtgesellschaftlichen System zur Aufgabe. Es wird oft als «Quelle aller Probleme» in der Gesellschaft betrachtet (Stichwort: Staatsversagen). Wir werden nachher am Beispiel von OFFEs Überlegungen erkennen, daß das politisch-administrative System nur bis zu einem gewissen Grad als «Problemquelle» angesehen werden kann.

Zur staatlichen Regulierung der Ausländerbeschäftigung in der Schweiz: Sie ist durch verschiedene Phasen gekennzeichnet. Man kann sagen, «daß die Ausländer in der Schweiz vor 1914 zwischen den beiden Polen, der Einbürgerung einerseits und der Ausweisung andererseits, völlig frei leben konnten» (HAUG 1980). Hingegen war die Ausländerpolitik während und zwischen dem Ersten und Zweiten Weltkrieg äusserst restriktiv. Diese restriktive Ausländerpolitik war in der unmittelbaren Nachkriegszeit aufgrund des Arbeitskräftebedarfs der schweizerischen Wirtschaft nicht mehr aufrechtzuerhalten. Der Staat befand sich in der schwierigen Situation, dem Volk, das bisher mit der «Ausländergefahr» gelebt hat, die wirtschaftliche Notwendigkeit der Ausländerbeschäftigung klarzumachen. Die Restriktionen in der Ausländerpolitik wurden immer mehr abgebaut. Im Geschäftsbericht des Bundesrates von 1958 wurden die Bedürfnisse der Wirtschaft bezüglich der Auslän-

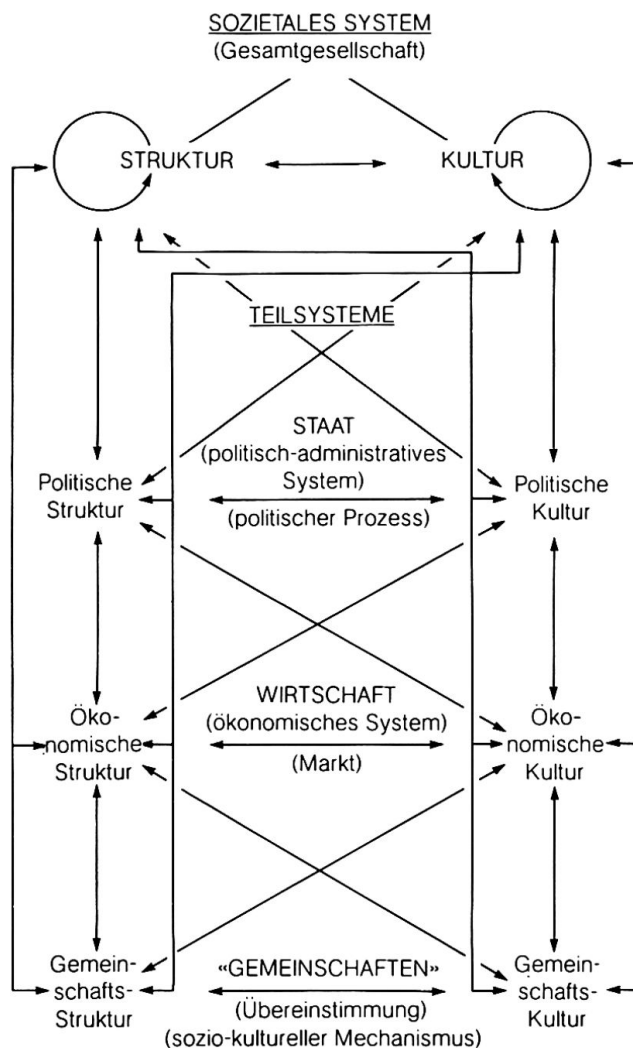


Abb.1 Gesamtgesellschaft und deren Teilsysteme (nach HOFFMANN-NOWOTNY/HONDRICH)

derpolitik als richtungsgebend betrachtet, «soweit diese den Gesamtinteressen des Landes entsprechen» (HAUG 1980). Ende 60er und Anfang 70er Jahre kam es jedoch zu Überfremdungsinitiativen, die den Staat zum Aufgeben der liberalen Ausländerpolitik zwangen. Um die Wirtschaft als auch skeptische Kreise hinsichtlich der Ausländerbeschäftigung zufriedenzustellen, wurde in den 70er Jahren die Variante «Globalplafonierung mit kantonsweiser Kontingentierung» gefunden. Nach dieser Variante bestimmt die nationale Arbeitsmarktbehörde die Globalplafonierung. Die Verteilung hingegen wird von den Kantonen geregelt (NIEDERBERGER 1981).

Teilsystem «Wirtschaft» und Einstellung von schweizerischen Wirtschaftsorganisationen zur Ausländerbeschäftigung

Man kann sagen, daß das Teilsystem «Wirtschaft» durch ihre klare Zielvorstellung, nämlich «Profit» und ihre Fähigkeit, sich an veränderte Zustände anzupas-

sen, gekennzeichnet ist. Wie wir nachher sehen werden, verursachen diese beiden Charakteristiken oft Probleme für andere Teilsysteme der Gesamtgesellschaft (Staat und Gemeinschaft) (vgl. HOFFMANN-NOWOTNY/HONDRICH und OFFE). Wie war die Einstellung der schweizerischen Wirtschaft hinsichtlich der Ausländerbeschäftigung?

Der Bedarf an ausländischen Arbeitskräften wurde zuerst in der Textilindustrie deutlich. 1945 schlug der schweizerische Werkereiverein vor, daß Behörden und betreffende Wirtschaftskreise über aktuelle Probleme diskutieren sollten. Die Lösung sah der Werkereiverein im Beizug ausländischer Arbeitskräfte. Dieser Vorschlag löste heftigen Widerstand seitens der Gewerkschaften aus. Trotz dieses Widerstandes bewilligte der Bundesrat im gleichen Jahr (1945) den Beizug ausländischer Arbeiter unter der Voraussetzung, daß dieser nur in beschränktem Umfang erfolge, um damit eine Aufblähung der Industrien zu verhindern (DOLESCHAL 1977).

Die Einstellung der beiden Wirtschaftsorganisationen blieb im Verlauf der Jahre gleich. Während die Arbeitgeberorganisationen die Ausländerbeschäftigung problemlos fanden, betrachteten die Gewerkschaften sie eher als unerwünscht.

Teilsystem «Gemeinschaft» und Einstellung der Gemeinschaft zu den Ausländern

«Übereinstimmung» stellt das wesentliche Bedürfnis der Gemeinschaft dar. «Gemeinschaften können das Eindringen und die unmittelbare Nähe von Unähnlichem – andersartigen Werten, Normen, Lebensweisen und Äusserlichkeiten – schwer ertragen» (HOFFMANN-NOWOTNY/HONDRICH 1981).

Das Bedürfnis an die Übereinstimmung kann dazu führen, daß die Einstellung der Einheimischen gegenüber Fremdgruppen durch Vorurteile und Diskriminierungen beeinflusst wird. Warum haben die Einheimischen Vorurteile? Warum diskriminieren sie die Fremdgruppen? Dazu einige Erläuterungen:

Vorurteile haben die Funktion einer Pseudoorientierung in der undurchsichtigen Gesellschaft. Man ist entweder nicht in der Lage, die Gründe des eigenen Versagens oder das der Gesellschaft am richtigen Ort zu suchen, oder dann ist dies mit großen Komplikationen verbunden wie z.B. mit Entfremdung. Als Lösung bietet sich die Übertragung eigener und/oder gesellschaftlicher Probleme auf andere Gruppen an, z.B. auf Ausländer.

Wir können sagen, daß *Diskriminierungen* wie Vorurteile nicht nur «etwas Individuelles» sind. In der Funktion der Diskriminierung ist der Wunsch nach der Absicherung der eigenen Position zu erkennen. Die einheimische Gruppe (oder genauer: Teile dieser Gruppe) reflektiert ihre Unsicherheit bezüglich der eigenen Position in Form der Überlegenheit der eigenen Gruppe (Ethnie). Mit der These der Überle-

genheit der eigenen Gruppe wird die Diskriminierung fremder Gruppen legitimiert. Auf diese Weise werden Probleme anderswohin verlagert. In diesem Zusammenhang ist die Fremdartigkeit der ethnischen Gruppe von Bedeutung. Man kann generell postulieren, daß die Andersartigkeit der Kultur zur Legitimierung der Diskriminierung beiträgt (ESSER 1980).

Aus der Untersuchung von HOFFMANN-NOWOTNY (1973), deren empirischer Teil auf Befragungen bei Schweizern und Italienern beruht, ergibt sich, daß besonders die Unterschicht und die untere Mittelschicht bei den Einheimischen zu Vorurteilen und Diskriminierungen neigen.

Die Untersuchung von HOFFMANN-NOWOTNY bestätigt also die Überlegungen bezüglich der Vorurteile-Diskriminierung-Problematik. Diese Problematik hat einen sozialen Aspekt, der über den persönlichen (psychologischen) hinausreicht. Die mit Vorurteilen behaftete und zur Diskriminierung neigende Einstellung gegenüber Ausländern steht im Zusammenhang mit der sozialen Situation von Einheimischen in der Gesellschaft.

Ich fasse die bisherige Diskussion über die Ausländerproblematik in der Einwanderungsgesellschaft zusammen: Hinsichtlich der Teilsysteme der Gesamtgesellschaft und deren Einstellung zur Ausländerbeschäftigung konnten wir erkennen, daß die Teilsysteme unterschiedliche Zielvorstellungen haben. Während die Wirtschaft in erster Linie an den Gewinn denkt und deswegen sich von der Andersartigkeit von ausländischen Arbeitern nicht stören läßt, kann diese auf die Gemeinschaft störend wirken.

Die Stellung des Staates in dieser Situation ist besonders schwierig. Einerseits braucht der Staat die Wirtschaft als Finanzquelle; andererseits ist er auf die Loyalität der Gemeinschaft angewiesen (vgl. Abb. 2).

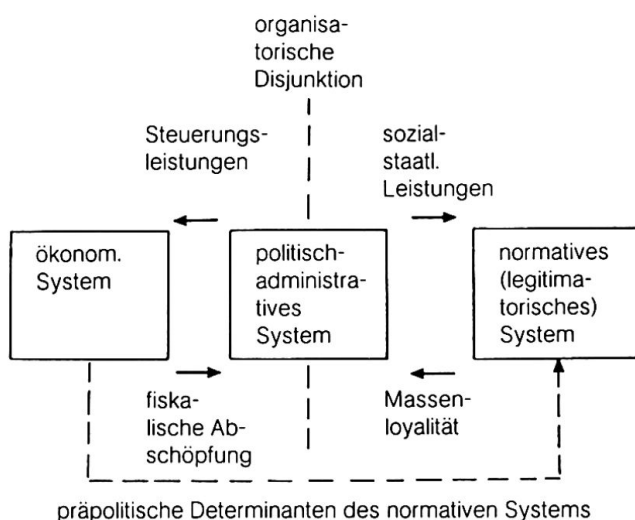


Abb.2 Subsysteme der Gesamtgesellschaft und deren Beziehungen untereinander (OFFE)

Hinsichtlich der Ausländerpolitik versuchte der Staat (sowohl in der Schweiz als auch in der Bundesrepublik Deutschland) diese schwierige Situation zu meistern, indem er fast zehn Jahre die Forderungen der Wirtschaft erfüllte und erst nachher die Gegenposition der Gemeinschaft berücksichtigte (nachdem die Überfremdungsangst immer mehr zugenommen hatte).

5. Ausblick

Kommen wir auf unsere anfängliche Absicht zurück: Wir wollten den Problemwerdungsprozeß bezüglich der Gastarbeiterbeschäftigung veranschaulichen, und zwar nicht nur durch die Untersuchung der ausländischen Gruppe, sondern auch der Einwanderungsgesellschaft. Das Ziel war, die vielvertretene Meinung als unrealistisch zu erklären: «Das Gastarbeiterproblem ist eben ein Problem der Gastarbeiter.» Wir haben gesehen, daß die Einwanderungsgesellschaft wegen ihrer Struktur dieses Problem auch verstärkt hat. Nun, zu welchem Schluß kommen wir aufgrund der bisherigen Analyse? Diese Analyse erschwert die Formulierung von bisher üblichen Lösungsvorschlägen: «Ausländer sollen sich integrieren», «Einheimische sollten toleranter gegenüber Ausländern sein». Hier möchte ich die Meinung vertreten, daß die Wissenschaft sich von den voreiligen Lösungsvorschlägen distanzieren soll, bevor sie die reale Situation analysiert. Die Untersuchung von Konfliktursachen bei einem sozialen Problem bringt einen Erkenntnisfortschritt hinsichtlich der Bestimmung des Problems, was bei einer sich auf Lösungen konzentrierenden Betrachtungsweise nicht der Fall ist.

Die geographische Gastarbeiterforschung, welche die Probleme der Sozialgeographie in sich trägt, sollte eine andere Forschungsaufgabe als bisher haben. Sie sollte in erster Linie nicht dem «Raum», sondern dem sozialen Problem treu sein. Nach meiner Meinung können auf diese Weise u. a. auch räumliche Aspekte fundierter untersucht werden.

Literatur

- EISEL, U. (1983): Paradigmenwechsel? Zur Situation der deutschen Anthropogeographie. In: Osnabrücker Studien zur Geographie, Band 2, 45–58.
- ESSER, H. (1980): Aspekte der Wanderungssoziologie. Assimilation und Integration von Wanderern, ethnischen Gruppen und Minderheiten. Eine handlungstheoretische Analyse. Darmstadt.
- EVRENSEL, A. (1984): Ausländische Arbeiter in der Einwanderungsgesellschaft. Am Beispiel türkischer Arbeiter in der Stadt Zürich, Diss. Zürich.
- DOLESCHAL, J. (1977): Das Problem der ausländischen Arbeitskräfte in der schweizerischen Arbeitgeberpolitik der Nachkriegszeit. Unter besonderer Berücksichtigung der Jahre 1962 bis 1970. Bern.
- HARD, G. (1983): Die Disziplin der Weißwäscher. Über Genese und Funktionen des Opportunismus in der Geographie. In: Osnabrücker Studien zur Geographie, Band 2, 11–44.
- HAUG, W. (1980): «... und es kamen Menschen. Ausländerpolitik und Fremdarbeit in der Schweiz 1914 bis 1980. Basel.
- HOFFMANN-NOWOTNY, H.-J. (1973): Soziologie des Fremdarbeiterproblems. Eine theoretische und empirische Analyse am Beispiel der Schweiz. Stuttgart.
- HOFFMANN-NOWOTNY, H.-J. und K. O. HONDRICH (1981) (Hrsg.): Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland und in der Schweiz. Segregation und Integration. Eine vergleichende Untersuchung. Frankfurt a. M.
- HOFFMANN-NOWOTNY, H.-J. und K. O. HONDRICH (1981): Zur Funktionsweise sozialer Systeme – Versuch eines Resümés und einer theoretischen Integration. In: HOFFMANN-NOWOTNY, H.-J. und K. O. HONDRICH (Hrsg.), 569–635.
- MAIER, J. u. a. (1977): Sozialgeographie. Braunschweig.
- NIEDERBERGER, J. M. (1981): Die politisch-administrative Regelung von Einwanderung und Aufenthalt von Ausländern in der Schweiz. Strukturen, Prozesse, Wirkungen. In: HOFFMANN-NOWOTNY, H.-J. und K. O. HONDRICH (Hrsg.), 11–123.
- OFFE, C. (1973): «Krisen des Krisenmanagements». Elemente einer politischen Krisentheorie. In: JAENICKE, M. (Hrsg.), Herrschaft und Krise, Opladen. 197–233.
- SEDLACEK, P. (1982): Kultur-/Sozialgeographie. Paderborn.
- SCHULTZ, H.-D. (1980): Die deutschsprachige Geographie von 1800 bis 1970. Ein Beitrag zur Geschichte ihrer Methodologie. Berlin.